

waltung in der Anwendung des Erziehungsmittels recht laßig zu unterstützen. Die einzelnen Sammlungen, die in ihrem Ergebnis für notleidende Kollegen im „Steinarbeiter“ des öfteren von den betreffenden Zahlstellen und Bezirken bekanntgegeben werden, sind der beste Beweis, wie das solidarische Eintreten für einander wirkt. Das sollten sich in erster Linie die flauen Versammlungsbesucher merken, sie sollten daraus lernen und im Zusammengehen, wozu in erster Linie die Mitgliederversammlung zählt, sich nicht von andern Kollegen beschämen lassen.

Bei der Arbeitslosenzählung im Verband im Januar waren in 73 Zahlstellen 441 arbeitslose Kollegen zu verzeichnen, darunter 16 weibliche. Leider hat eine größere Anzahl Zahlstellen nicht berichtet. Verkürzt wurde in 40 Betrieben mit 355 Beschäftigten gearbeitet.

Die neuen Zählkarten für 1923 sind allen Zahlstellen überliefert; es sind 8 graue und 4 gelbe Karten für jede Zahlstelle bestimmt.

An jedem Monatschluß ist eine Karte von allen Ortsverwaltungen einzuliefern, auch wenn Arbeitslose nicht vorhanden sind, da sonst die Kontrolle an der Zählung verloren geht. Die gelben Karten sind immer am Quartalschluß einzuliefern.

Bei der Niederlegung des Funktionärpostens müssen die Zählkarten dem Nachfolger übergeben werden.

Eine bessere Beteiligung an der Arbeitslosenzählung als bisher ist ernstlich zu wünschen. Wir glauben, daß dieser nochmalige Hinweis genügt, um läumige Zahlstellenverwaltungen an diese unerlässliche Mitarbeit zu erinnern.

Christliches. Wer gut schmärt, der gut fährt! So denken anscheinend die Brüder in Christo. Herr Franke vom Berufsverband der Steinarbeiter, Dresden (christliche Organisation), hatte die Belegschaft eines kleinen Kalkwerkes im sächsischen Erzgebirge um seine himmlische Fahne geschart. Unweit davon befinden sich die kunstgewerblichen Werkstätten der Zöblitzer Serpentinindustrie. Die circa 400 Kollegen der Serpentinindustrie gehören unserem Verband an. Dies ist Herr Franke schon längst ein Dorn im Auge, und sein Sinnen und Trachten geht unablässig dahin, diese zu seinen Schäflein zählen zu können. Dies hat ihn jedenfalls derart in Anspruch genommen, daß er darüber die Kalkwerksarbeiten aus den Augen ließ. Schon war auch einer der Agitatoren des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes in seine Herde eingetrochen und hatte sie reiflos seinem Verbande zugeführt. Dabei kam nun folgendes niedliche Geschehnis ans Tageslicht, welches für die christliche Arbeitsweise bezeichnend ist: Um die Zöblitzer Serpentinarbeiter aus seinem Heim zu locken, hatte Herr Franke einem der Kollegen aus dem Kalkwerke 3000 Mk. versprochen, wenn er es fertig bringe, die Zöblitzer in das christliche Lager hinüberzuführen. Der Kollege lehnte dies aber bestimmt ab und trug darüber hinaus auch noch dafür Sorge, daß er und seine übrigen Kollegen schleunigst den christlichen Staub von ihren Pantoffeln schüttelten. Nun war Herr Franke seine Kalkarbeiter los und die Serpentinarbeiter von Zöblitz hat er noch lange nicht. Unser Beileid, Herr Franke! Wir verstehen nur nicht, warum Sie versuchten, erst so krumme Wege nach Zöblitz zu gehen. Wer mit Gott geht, der kam in Zöblitz auch auf geradem Wege einziehen. Die Erzgebirgler von Zöblitz verstehen schon einen Spaß und hätten jedenfalls herzlich gelacht, wenn sie Franke einmal besucht und ihnen persönlich Gelegenheit zu einer gründlichen Abfuhr gegeben hätte. Löhnen wird es sich freilich nicht, denn die Arbeiterschaft des Erzgebirges hat keinen Sinn mehr dafür, daß man den lieben Gott mit der Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen beauftragen muß. Darum, „lieber“ Franke, iß schon besser: „Hände weg!“ von Zöblitz, damit Sie sich nicht daran verbrennen.

Altenhain. In der am 14. Januar im Gasthof Altenhain stattgefundenen Hauptversammlung wurde außer den üblichen Punkten, Rassenbericht, Neuwahl usw., hauptsächlich gegen die Ausschließung des Bezirksleiters Kollegen R o h a n bei Lohnverhandlungen durch die Unternehmer Stellung genommen. Die Kollegen stehen einmütig hinter dem gewählten Bezirksleiter. Die Steinarbeiter der Zahlstelle Altenhain lassen sich nicht von den Unternehmern vorführen, wer ihre Interessen zu vertreten hat, sie werden mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Zulassung Rohans zu Lohnverhandlungen erzwingen. Ferner gab der Kollege H a f e r t o r n Bericht von der Konferenz der sächsischen Ortsausschüsse der Gewerkschaften. Ueber die Deutsche Rotgemeinschaft entspann sich eine längere Debatte. Die Kollegen sind nicht gewillt, einen Stundenlohn abzugeben. Die Kollegen unterstützen gern im Notfall ihre Mitarbeiter, aber für Kleinrentner oder die Kirche (?) haben sie keinen Pfennig übrig. Ferner wurde der 10prozentige Steuerabzug besprochen und die Ungerechtigkeit dieses Steuerabzuges aufs schärfste kritisiert, da doch die Lohn- und Gehaltsempfänger über 70 Prozent der Einkommensteuer bis jetzt getragen haben. Es wurde mit Genugtuung festgestellt, daß die Landeskonferenz des DGB. beauftragt hat, beim Reichsfinanzministerium für eine Milderung einzutreten. Am Schluß wies Kollege H a f e r t o r n auf die erste Zukunft hin. Jeder Kollege müsse gerüstet seinen Mann stellen, und das kann er nur, wenn er überzeugt ist, daß mindestens ein Stundenlohn dem Verbands gehört.

Altenhain. Unsere Zahlstelle hielt am 14. Januar im „Hirschen“ in Walsburg ihre gutbesuchte Generalversammlung ab. Tagesordnung war: 1. Vorstandswahl. 2. Die neuen Beiträge. 3. Verschiedenes. Als 1. Vorsitzender wurde gewählt Wolf K i e f e r. Als Kassierer der bisherige Kollege Franz B r u n n e d e r. Zu Punkt 2 wurde einstimmig beschlossen, einen Stundenlohn als Wochenbeitrag zu zahlen. Traurig zu nennen ist es jedoch, daß die Plastersteinbauer infolge ihres viel zu niedrigen Affordlohnbes bei den Wochenbeiträgen in die Klasse der Tagelöhner gelehrt werden mußten. Es wurde auch in Punkt Verschiedenes über die Affordfrage kritisiert. Der Gaulleitung ist auch längst bekannt, wie niedrig die Steinpfeile sind, und dennoch ist nichts Bedeutendes unternommen worden, um abzuheben, im Gegenteil, die Kollegen sind mit leeren Versprechungen immer mehr enttäuscht worden. Der Vorstand schloß die gut verlaufene Versammlung mit dem Appell an die Kollegen, die neuen Vorstandsmitglieder noch mehr als bisher zu unterstützen.

Köln I. Am Freitag, dem 12. Januar, fand im Lokale B e e z die Generalversammlung statt, die gut besucht war. Kollege S a l s c h e i d e r eröffnete mit folgender Tagesordnung die Versammlung: 1. Protokoll. 2. Jahresbericht. 3. Quartalsabrechnung. 4. Neuwahl des Vorstandes. 5. Verschiedenes. Das Protokoll wurde in seiner Fassung angenommen. Dann gab Kollege Salscheider den Jahresbericht und erstuchte am Schluß seiner Ausführungen, den neuwählenden Vorstand noch besser als bisher zu unterstützen. Gleichzeitig gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die Kollegen die Versammlungen im neuen Jahre besser besuchen möchten. Dann gab Kollege Diek den Rassenbericht. Für seine tabellarische Rassenführung wurde ihm auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Die Versammlung bevollmächtigte den Vorstand, in Zukunft die Höhe des Wochenbeitrages (Stundenlohn und Lokalaufschlag) festzusetzen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden folgende Kollegen einstimmig gewählt: 1. Vorst. Kollege S a l s c h e i d e r, 2. Vorst. Joh. H i l g e r, 1. Kassierer Kollege Diek, 2. Kassierer Joh. E b e r h., 1. Schriftführer Kollege M a i n k, 2. Schriftführer J a f. H a m m e l m a n n. Revisoren Kollege K n o p p und R e i c h e r t. Gaukommission: Kollege S a l s c h e i d e r und L u x e m. Die alte Lohnkommission wurde wiedergewählt. Zu Punkt Verschiedenes verlas Kollege Salscheider ein Schreiben des DGB., Ortsausschuß Köln, betreffs der Belegung des Ruhrgebietes. Kollege Knopp kritisierte das Verhalten des Ortsausschusses, der erst mit den Vertretern der Industrie verhandelte, ehe er sich an die Arbeiterschaft wandte. Heftigen Widerspruch erregten die Ausführungen einiger Kollegen, die den imperialistischen Gewaltstreik der französischen Regierung als Befreiung vom Preußenjoch begrüßten. Von einigen Kollegen ist man es gewöhnt, daß sie von einem Extrem in das andere fallen. Wollen hoffen, daß auch diese noch zu anderer Einsicht kommen, bevor es zu spät ist.

Kölnheim. In der am Sonntag, dem 21. Januar 1923, stattgefundenen Generalversammlung wurde sehr lebhaft Kritik über die Entlohnung in der Zahlstelle, die an das unterfränkische M K.-Gebiet angeschlossen ist, geübt. Mit den Löhnen, die wir heute erhalten, ist ein Weiterbestehen einfach unmöglich, und es wurde der Vorsitzende beauftragt, hinter die Zentrale und Gaulleitung etwas Feuer zu machen, damit auch wir in der Steinindustrie wenigstens soviel erhalten, was zum Beguttern notwendig ist. Die versammelten Kollegen stellten in der Aussprache fest, daß Zentrale sowie Gaulleitung nicht stark genug vorgehen. In Zukunft müsse der Klassenkampfcharakter mehr zur Durchführung gebracht werden, damit auch die Steinarbeiter in Relsheim noch leben können. Hierauf wurde zur Wahl geschritten, wobei Kollege J o s t als 1. und Kollege M i e r e r als 2. Vorsitzender neu gewählt wurden. Kollege E r t l wurde zum Kassierer und Kollege G e h b a r d t zum Schriftführer wiedergewählt. Die gewählten Kollegen versprachen, ihre ganze Kraft im Interesse der Steinarbeiter einzusetzen, und verlangen von den übrigen Kollegen, daß auch sie alles daransetzen zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Homburg. Am 22. Januar tagte die Jahresversammlung. Es waren von 147 Mitgliedern nur 25 erschienen, was sehr zu bedauern ist; daraus erseht man, wie wenig Interesse die Kollegen zeigen. Es ist mit dem Beitragszahlen allein nicht getan, sondern wir müssen auch zeigen, daß wir weiterhin bestehen wollen. Wenn wir in dieser traurigen Zeit nicht zusammenfinden, werden die Kollegen schon sehen, wie weit sie kommen. Weiter wurde die Lohnfrage kritisiert. 25 und 40 Prozent wurden bei der letzten Lohnverhandlung herausgepreßt, was die Kollegen sehr enttäuschte. Sie hatten auf einen besseren Abschluß gerechnet, wo doch in den hiesigen Quarzfabriken 30 und 60 Prozent bewilligt wurden. Bei der nächsten Verhandlung erhoffen wir ein besseres Resultat. Dann wurde noch der Vorstand gewählt, als 1. Vorsitzender Heinrich B a m b e r neu, Stellvertreter und Kassierer wie bisher und als Revisor Peter D ö r r neu.

Schönbach. Generalversammlung am 21. Januar 1923. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß von 173 Mitgliedern nur 32 anwesend sind. Zur Tagesordnung standen 5 Punkte. Punkt 1. Durch die dauernde Entwertung der Mark konnte der Ortskassierer und die Hilfskassierer ihr Amt nicht mehr bekleiden für das, was sie bekamen, und somit waren die Kollegen gezwungen, ihnen ihre Vergütung aufzubessern. Man kam zu dem Entschluß, seinen monatlichen Beitrag aus der Lokalkasse zu bestreiten (?); den Hilfskassierern wurde die Entschädigung um 100 Prozent erhöht. Zu Punkt 2 gab der Kassierer Bericht über die Kasse, welche von den Revisoren geprüft wurde. Punkt 3 beschloß die uns mit der Neuwahl des Vorstandes. Es erfolgte die Wiederwahl. Zu Punkt 4. Auf Antrag einiger Kollegen sollen jedem Kollegen, sowie er verunglückt und längere Zeit arbeitslos ist, eine Summe von 10 000 Mk. aus der Lokalkasse überwiesen werden und außerdem 1000 Mk. für jedes Kind unter 14 Jahren. Zu Punkt 5. Kollege K e g e l, der vor kurzem von uns geschieden ist, hatte den Antrag gestellt, Mitglied der Zahlstelle zu bleiben, aber einen geringeren wöchentlichen Beitrag zu leisten, und zwar den Durchschnitt der in der Zahlstelle gezahlten Beiträge. Nach kurzem Hin- und Herreden wurde der Antrag angenommen. Ein anderer Kollege hatte sich Urlaub geben lassen, um an der hiesigen Gemeindefabrikmaschine zu arbeiten. Für die Zeit, in der er nicht bei seinem Arbeitgeber gearbeitet hat, aber doch beschäftigt war, hat der Kollege Erwerbslosengeld erhalten. Hiergegen wurde protestiert und dem Kollegen gesagt, entweder den noch fehlenden Beitrag nachzahlen oder er würde ausgeschlossen, worauf er sich bereit erklärte, nachzahlen mit dem Beitrag, welcher jetzt geleistet wird. Zum Schluß wurde noch über den Tarif vom Januar gesprochen, daß auf alle Waren und alle sonstigen Sachen 100 Prozent und noch mehr aufgeschlagen worden wären und auf den Tarif nur erst 50 Prozent. Sonst war nichts wichtiges mehr zu besprechen und der Vorsitzende erklärte sodann die Versammlung für beendet.

Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.

(V. W. B.) Deutschland steht im Zeichen einer wirtschaftlichen Mobilmachung zum Zwecke des passiven Widerstandes gegen die Vorgänge im Ruhrrevier und im Rheinland. Es scheint fast, als ob man bereits etwas reichlich lange gegögert habe, um die zum Schutze unserer Wirtschaft notwendigen Maßnahmen zu treffen. Der Eingriff der Reichsbank am Devisenmarkt zur Stützung der Mark erfolgte fast zu spät und rief deshalb zunächst im gesamten Warenverkehr mehr Verwirrung als Nutzen hervor. Erst allmählich können sich die Wirkungen an Lebensmittel- und Warenmärkte äußern, da besonders im Handel noch immer die Meinung vorherrscht, daß die Markbesserung nur von kurzer Dauer sei. Es gibt nicht wenige, die aus diesem Grunde ihre Ware zurückhalten und auf einen günstigeren Dollarkurs warten. Der Eingriff der Reichsbank gegen die Devisenhaufse kann deshalb für die Gesamtheit nur Nutzen stiften, wenn auf allen Gebieten des Warenaustausches, besonders aber im Verkehr mit Lebensmitteln, scharf darauf geachtet wird, daß die Preise sich auch jetzt dem ermäßigten Dollarkurs anpassen, nachdem sie vorher die Steigerung in staunenswerter Eile mitgemacht hatten. Die private Interessenpolitik muß sich, besonders in einer so schweren Zeit, wie wir sie heute durchleben, den Rücksichten auf das Gemeinwohl unterordnen. Undersfalls entsteht die Gefahr, daß die Notlage unseres Volkes durch wucherische Ausbeutung verschärft wird. Soweit sich an der Hand der Wirtschaftsstatistik die durch die Ruhrbesetzung hervorgerufenen Störungen übersehen lassen, ist die Lage noch verhältnismäßig befriedigend. Es ist den vereinten Anstrengungen der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände bisher noch gelungen, die Maschinerie der deutschen Wirtschaft im Laufen zu erhalten und eine stärkere Ausbreitung der Arbeitslosigkeit zu verhüten. Wenn die Bemühungen weiterhin erfolgreich bleiben sollen, so bedürfen sie stärkster Förderung durch die Regierung und die gegebenden Körperschaften. Eine sehr wichtige Rolle spielt dabei die Versorgung der Betriebe mit Rohmaterialien, Brennstoffen und vor allem auch mit Bargeld. Denn es darf kein Zweifel darüber bestehen, daß ein Teil unserer Wirtschaft langsam leerläuft, d. h., daß infolge der allgemeinen geschäftlichen Depression nicht derjenige Ruhezustand erzielt werden kann, wie in normalen Zeiten. Es wird deshalb, wenn die Unternehmungen auf ihre eigenen Betriebsmittel angewiesen bleiben, besonders bei den mittleren und kleineren der Zeitpunkt näherücken, wo das flüssige Kapital zur Reize geht. Um diese Gefahr zu verhüten, muß die Regierung rechtzeitig der Wirtschaft die notwendigen Kredite zur Weiterzahlung der Löhne und zur Anschaffung von Roh- und Brennstoffen zur Verfügung stellen. Andersfalls drohen uns starke Einschränkungen des Beschäftigungsgrades und eine entsprechende Steigerung der Arbeitslosigkeit. Derartige Kredite sind durchaus nicht unproduktiv, denn sie können der Herstellung von Lagerware dienen. Sie unterscheiden sich also in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung doch ganz wesentlich von den Kreditsanleihen vergangener Zeiten. Die Regierung sucht bereits ihre Stellung am Devisenmarkt durch Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe im Betrage von 200 Millionen Goldmark oder 50 Millionen Dollar zu stärken. Die aus dieser Anleihe gewonnenen Devisenbestände sollen der Regulierung des Marktkurses und der Erleichterung des Ankaufs von Rohstoffen, Rohle und Lebensmitteln im Auslande dienen. Hand in Hand mit der Ausgabe dieser Anleihe wird wohl eine schärfere Kontrolle des Devisenverkehrs gehen müssen. Alle diese Maßnahmen können aber nur dann den gewünschten Erfolg haben, wenn alle Kreise der Wirtschaft sich ständig die große Bedeutung des jetzigen Abwehrkampfes vor Augen halten und dementsprechend handeln.

Privatwirtschaft und Volkswirtschaft. Wer die Vorgänge im wirtschaftlichen Leben Deutschlands in der Nachkriegs-

zeit aufmerksamer verfolgt hat, wird sich der gewiß recht bedauerlichen Tatsache nicht verschließen können, daß auf einer ganzen Reihe von Gebieten sich deutlich Verfallssymptome zeigen, die für die Zukunft unheilvolle Bedeutung gewinnen können. Es ist zuzugeben, daß der schwere Druck der Reparationen und die fortgesetzte Beunruhigung durch politische und militärische Sanftionen wesentlich dazu beigetragen haben, die Unternehmungslust des einzelnen wie der Gesamtheit stark zu beeinträchtigen. Wir sehen, daß seit Jahr und Tag im Kleinen wie im Großen wirtschaftliche Dispositionen nur noch für den gegenwärtigen Augenblick, äußerst selten auf lange Sicht getroffen werden. Das gilt zum Beispiel schon von der Zelle unseres Volkes und unserer Volkswirtschaft, vom Familienhaushalt. Die Schwierigkeiten, mit denen heute jede Haushaltung zu kämpfen hat, führen zu einer sehr bedenklichen Vernachlässigung der Ausbildung der heranwachsenden Generation. Die Familienväter sehen sich genötigt, ihre schulentlassenen Kinder in Stellungen unterzubringen, wo ihnen vom ersten Tage an ein gewisses Einkommen — und sei es auch noch so klein — winkt. Eine geregelte Ausbildung durch eine geübene Handwerkslehre oder dergleichen scheint in vielen Fällen unbedurchführbar. Infolgedessen schrumpft die Zahl der Qualifikationsarbeiter in Deutschland von Jahr zu Jahr mehr und mehr zusammen, es droht uns schon in naher Zukunft eine starke Verschlechterung unserer technischen Leistungsfähigkeit. Der Krieg hat das Heer unserer Spezialarbeiter ohnehin schon dezimiert, es bedürfte gerade jetzt einer besonders planmäßigen Heranbildung des Nachwuchses, wenn unsere Industrie wieder zur früheren Höhe der Leistungsfähigkeit gebracht werden sollte. Wir werden um so eher auf die Stufe europäischer Lohnkulis herabsinken, je weniger wir für die Herstellung des früheren Bildungsniveaus unserer Arbeitermassen tun.

Wenn heute die Familie nicht mehr imstande ist, der heranwachsenden Jugend eine entsprechende Ausbildung angedeihen zu lassen, so sollten der Staat, die großen Wirtschaftsverbände und die industriellen Unternehmungen sich um so schneller entschließen, hier in die Bresche zu springen und helfend einzugreifen. Auf der anderen Seite sehen wir aber auch in der Industrie selbst eine ungenügende Ausnutzung technischer und wissenschaftlicher Fortschritte. Der Zusammenbruch der einzelnen Gewerbe zu Syndikaten und ähnlichen Wirtschaftsorganisationen hat es mit sich gebracht, daß die Preise der gewerblichen Erzeugnisse unter weitgehender Berücksichtigung der schwächeren, d. h. meist technisch rückständigeren Unternehmungen, festgesetzt werden. Hierdurch wird der freie Wettbewerb unterbunden und damit eine wichtige Quelle der technischen Erneuerung verschüttet. Die besser organisierten Betriebe sind ebenfalls vielfach davon abgelenkt, ihren Produktionsapparat auf der Höhe der Zeit zu halten, da sie ja mit den alten Maschinen und Einrichtungen unter dem Schutze der Valutakonjunktur und der Verbandspreise noch immer reichliche Gewinne erzielen. Die schädlichen Wirkungen dieser Rückständigkeit treten augenblicklich noch nicht ganz klar zutage, da Deutschland an der Weltmarktkonferenz bisher unter besonders vorteilhaften Bedingungen (minderwertige Valuta) teilnahm. Sobald aber in dieser Beziehung normale Verhältnisse wiederkehren, wird sich zeigen, daß sowohl unsere technischen Mittel wie auch die Ausbildung unserer jüngeren Arbeiter sich nicht auf der Höhe der Zeit befinden. Es wird einer starken staatlichen Wirtschafts- und Erziehungspolitik bedürfen, um einen weiteren Verfall aufzuhalten. Stütze ist Rücksicht.

Rundschau.

Die neuen Postgebühren vom 1. März.

Für Postkarten im Ortsverkehr 20 Mk., für Postkarten im Fernverkehr 40 Mk.

Für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 40 Mk., über 20 bis 100 Gramm 60 Mk., über 100 bis 250 Gramm 100 Mk., über 250 bis 500 Gramm 120 Mk.

Für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 100 Mk., über 20 bis 100 Gramm 120 Mk., über 100 bis 250 Gramm 150 Mk., über 250 bis 500 Gramm 180 Mk. (Für nicht- oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Eineinhalbfache des Selbstbetrags, mindestens aber ein Betrag von 1 Mk. nachgehoben.)

Für Drucksachen bis 25 Gramm 20 Mk., über 25 bis 50 Gramm 40 Mk., über 50 bis 100 Gramm 60 Mk., über 100 bis 250 Gramm 100 Mk., über 250 bis 500 Gramm 120 Mk., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 150 Mk., über 1 bis 2 Kilogramm (nur für einzeln versandte, ungeteilte Drucksachen zulässig) 250 Mk.

Für Anfragskarten, auf deren Vorderseite außer dem Ort, dem Datum und der Unterschrift Größe oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind 20 Mk.

Für Geschäftsbriefe und Mißverständnisse bis 250 Gramm 100 Mk., über 250 bis 500 Gramm 120 Mk., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 150 Mk.

Für Warenproben bis 250 Gramm 100 Mk., über 250 bis 500 Gramm 120 Mk.

Für Päckchen bis 1 Kilogramm 200 Mk.

Für Pakete: Nahzone bis 3 Kilogramm 300 Mk., Fernzone 600 Mk., über 3 bis 5 Kilogramm Nahzone 500 Mk., Fernzone 1000 Mk. (Ueber die weiteren Sätze gibt der amtliche Tarif Auskunft.)

Zeitungsstücke bis 5 Kilogramm Nahzone 250 Mk., Fernzone 500 Mk.

Für Wertsendungen (Wertbriefe und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgeld, die beträgt bei Wertbriefen und versiegelten Wertpaketen: bis 5000 Gramm 40 Mk., über 5000 bis 10 000 Mk. 80 Mk., über 10 000 Mk. für je 10 000 Mk. oder einen Teil davon 80 Mk.; bei unversiegelten Wertpaketen: bis 5000 Gramm 20 Mk., über 5000 bis 10 000 Mk. 40 Mk., über 10 000 Mk. für je 10 000 Mk. oder einen Teil davon 40 Mk.

Für Postanweisungen bis 1000 Mk. 60 Mk., über 1000 bis 5000 Mk. 90 Mk., über 5000 bis 10 000 Mk. 120 Mk., über 10 000 bis 20 000 Mk. 180 Mk., über 20 000 bis 30 000 Mk. 240 Mk., über 30 000 bis 40 000 Mk. 300 Mk., über 40 000 bis 50 000 Mk. 360 Mk., über 50 000 bis 100 000 Mk. 450 Mk. (Nettobetrag ist von 50 000 Mk. auf 100 000 Mk. erhöht.)

Die Einschreibgebühr ist auf 80 Mk., die Vorzeigegeld für Nachnahmen und Postaufträge auf 50 Mk. festgesetzt; am 15. Januar neu eingeführt ist bei Nachnahme und Postaufträgen eine Einziehungsgeld von 1 von jedem angefangenen Tausend der eingezogenen Beträge. Sie wird von dem eingezogenen Betrag abgezogen.

Für bar eingezahlte Zahlkarten bis 1000 Mk. einschließlich 20 Mk., über 1000 bis 5000 Mk. einschließlich 30 Mk., über 5000 bis 10 000 Mk. 40 Mk. (Ueber die weiteren Sätze gibt der amtliche Tarif Auskunft.)

Für bargelblos beglichene Zahlkarten dieselbe Gebühr höchstens jedoch 150 Mk. für eine Zahlkarte.

Für Rassenhefte, die bargelblos beglichen werden, 1 vom Tausend des Scheckbetrags, für Vorauszahlungen mit Postcheck 3 vom Tausend des Scheckbetrags, Mindestgebühr 1 Mk.; Pienigbeträge werden auf volle Mark abgerundet.

Im Telegraphenverkehr sind die wichtigsten Gebühren für Ferngramme: Grundgebühr 160 Mk. und außerdem für jedes Wort 80 Mk., für Ortsgramme: Grundgebühr 80 Mk. und außerdem für jedes Wort 40 Mk., für Zustellung bei ungenügender Anschrift 240 Mk., für abgekürzte Telegrammanschriften jährlich 24 000 Mk., für regelmäßige besondere Zustellung jährlich 24 000 Mk., für Vorabbezahlung der Selbststellung (XP) 350 Mk., für Stundung der Telegrammgebühren monatlich 240 Mk., außerdem für jedes Telegramm 40 Mk.

Die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen), sowie nach dem Gebiet der freien Stadt

Daufig und dem Handel. Die Inlandsgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Luxemburg und Österreich (Wachen nach beiden Ländern nicht zugelassen).

Die Auslandsgebühren betragen vom 1. März 1923 an: für Postkarten 180 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 140 M.; für Briefe bis 20 Gramm 300 M., jede weiteren 20 Gramm (Nettogewicht 2 Kilogramm) 150 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 240 M., jede weiteren 20 Gramm 150 M.; für Drucksachen für je 50 Gramm 60 M.; für Blindenschriftsendungen für je 500 Gramm 30 M. (Nettogewicht 3 Kilogramm), jedoch nach Tschechoslowakei und Ungarn für je 1 Kilogramm 1 M.; für Geschäftspapiere für je 50 Gramm 60 M., mindestens 300 M.; für Warenproben für je 50 Gramm 60 M., mindestens 120 M.; für Befestigung für Briefsendungen 600 M., Einschreibgebühr 80 M.,

Aus der Steinindustrie. Straßenbauverwaltungen gegen Hartsteinindustrie. In der Rheinischen Zeitung vom 13. Februar war folgende Notiz zu lesen:

„Die Wegebauverwaltungen Westfalens haben sich zu einer Vereinigung zusammengeschlossen, um billiges Steinmaterial für die Stadt- und Landkreise zu beschaffen. Der Vereinigung gehören bis jetzt die Provinz, sieben kreisfreie Städte und elf Kreise an. Es ist ihr bereits gelungen, mit einigen Aufseherbüchsen in der Eifel und im Westerwald Verhandlungen anzuknüpfen, um durch Beteiligung an diesen Unternehmen preisregelmäßig auf den Steinmarkt einzuwirken. Die lose Vereinigung ist deshalb in eine Gesellschaft m. b. H. umgewandelt worden.“

Diese Vereinigung beleuchtet einige Vorgänge in der Natursteinindustrie, die sich vorläufig noch unter der Oberfläche abzuwickeln scheinen. Es müßte ja geradezu Staunen erregen, wenn die Steinindustriellen in der Wegebauforschung, angeregt durch die umfangreichen Reparationsleistungen und der damit verbundenen Lieferungsorganisation, es nicht auch versuchen sollten, nach Art der dort bestehenden Kartelle und Trusts einen Preisdiktator zu schaffen. Wir befürchten nur, daß dieses Vorhaben eine ganz andere Wirkung haben wird, wie etwa in der Zement- und sonstigen Baustoffindustrie; das mögen die Steinindustriellen nicht übersehen. Die Steinarbeiter der Wegebauforschung sind durchaus nicht gewillt, diesen Machtkampf auf ihrem Rücken austragen zu lassen.

Gewerkschaftliches. 5. Ausschussung des ADGB. Die am 16. und 17. Februar abgehaltene Sitzung beschäftigte sich mit der Besetzung des Ruhrgebietes und mit den verschiedenen Maßnahmen zur Unterstützung der durch diese geschädigten Arbeiter. Aus der sehr eingehenden Aussprache ging hervor, daß die überwiegende Mehrheit des Ausschusses mit der Tätigkeit des Bundesvorstandes einverstanden war.

Die vom Metallarbeiterverband unternommene Sonderunterstützungsfaktion wurde in der Aussprache von den Vertretern der übrigen Verbände allgemein verurteilt, desgleichen die der Berliner Gewerkschaftskommission.

Ferner wandten sich zahlreiche Redner gegen die ohne Rücksicht auf den Bundesvorstand in Deutschland unternommene Vortragsreise des Genossen Fimmen vom Internationalen Gewerkschaftsbund. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, in Verhandlungen darüber mit dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu treten.

Sodann wurde über den wilden Streik in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen verhandelt. Von Vertretern des Fabrikarbeiterverbandes wurde betont, daß es sehr wohl möglich gewesen wäre, die wegen der Teilnahme an dem kommunistischen Betriebsrätekongreß Entlassenen wieder in den Betrieb hineinzubringen, daß der Streik aber eigentlich nur dazu benutzt werden sollte, diesem Kongreß nachträglich zu etwas von der Bedeutung in den Augen der Arbeiterschaft zu verhelfen, die seine Verantwortlichkeit im Streik nicht einverstanden sind, solchen gewalttätigen Widerheiten, wie sie in diesem Streik auftraten, mehr Widerstand leisten möchten. Nach gründlicher Aussprache wurde gegen vier Stimmen folgende Entschließung angenommen:

„Es kann nicht gebilligt werden, daß bei einem wilden, ohne Zustimmung der verantwortlichen Gewerkschaftsleitung oder gar gegen deren ordnungsmäßige Entscheidung eingeleiteten Streik Unterstützung gesucht wird.“

Die vom Bundesauschuss im September 1922 auf Grund der Ermächtigung des Leipziger Gewerkschaftskongresses beschlossenen Streikregeln haben den Zweck, unorganisierte Streiks, die immer zum Nachteil der Arbeiterschaft auslaufen müssen, zu verhindern.

Der Bundesauschuss behauptet, daß bei dem wilden Streik in Ludwigshafen von einzelnen Verbänden nicht nach den Bundesregeln gehandelt worden ist.

Zur Verhandlung über den folgenden Punkt der Tagesordnung: „Die Finanzlage der Gewerkschaften“ waren auch die Kassierer der Verbände geladen. Es handelte sich hauptsächlich um Sicherung des Vermögens der Verbände gegen weitere Entwertung. In Verbindung hiermit wurde über die baldige Eröffnung des im Vorhinein bereits beschlossenen Bankunternehmens der Gewerkschaften Beschluß gefaßt.

Der Bundesbeitrag wurde rückwirkend bis zum 1. Januar 1923 vorläufig auf monatlich 6 M. für jedes männliche und 4 M. für jedes weibliche Mitglied festgesetzt. Wenn der Bundesvorstand im laufenden Vierteljahr höherer Mittelbedarf als nach diesen Beitragsätzen vorgesehen sind so soll er befugt sein neben dem laufenden Beitrag eine Monatszahlung auf die folgenden Beiträge zu erheben.

Soziales. Sind Lehrlinge Arbeitnehmer? Am 27. Juni v. J. fällt das Oberlandesgericht Hamm i. W. als letzte Revisioninstanz ein Urteil, wonach ein Schiedsgericht als rechtsverbindlich anzusehen ist, auch wenn er auf Lehrlinge (auch im Handwerk) Bezug nimmt. Die betreffende Innung wollte sich dabei nicht beruhigen, sondern das Reichsgericht als letzte Instanz anrufen. Jetzt wird bekannt, daß das Reichsgericht die Revision zurückgewiesen habe, da vom Kläger der Gebührensverschuß nicht gestellt wurde. Durch diese Zurückweisung ist das in Hamm gefällte Urteil nunmehr endgültig. Da es von weittragender prinzipieller Bedeutung ist, seien einige Absätze aus der Urteilsbegründung hierdurch nochmals der Öffentlichkeit unterbreitet.

Sind Lehrlinge Arbeiter? Hierzu sagt das Oberlandesgericht Hamm i. W.: „Lehrlinge sind unter Titel VII der Gewerbeordnung unter den „Gewerblichen Arbeitern“ besonders aufgeführt. Es kann daher nicht ungewiss sein, daß sie als „Arbeiter“ anzusehen sind, und daß neben dem Charakter des Lehrvertrages als eines des Meisters zur sachgemäßen Ausbildung des Lehrlings verpflichtenden Vertrages, auf der andern Seite auch eine den Lehrling zur wirklichen Arbeitsleistung, besonders gegen Ende der Lehrzeit, verbindende Verpflichtung vorliegt.“

Wie kann ihre Entlohnung geregelt werden? Die daraus sich ergebende Frage, ob eine Entlohnung des Lehrlings geboten ist und in welcher Höhe, ist somit eine Frage des Arbeitsverhältnisses. Ihre Regelung kann daher durch Vertrag (d. h. Tarifvertrag) (D. Arb.), aber auch nach der Verordnung vom 12. Februar 1920 durch Schiedsgericht und Verbindlichkeitserklärung erfolgen. Vorliegend kann dies um so unbedenklicher festgestellt werden als Innung und Handwerkskammer, wie unstreitig ist, eine Regelung der Lohnfrage nicht vorzunehmen haben. Es ist somit unerheblich, ob durch den Lehrvertrag der Kläger ein Lohn überhaupt nicht festgesetzt ist oder mit niedrigeren Sätzen, als der Schiedsgericht sie vorstelt.“

Können bestehende Lehrverträge abgeändert werden? In beiden Fällen ist, da der Schiedsgericht zwischen den Arbeitnehmerorganisationen, denen die Kläger unstreitig angehören, sowie der Schlosserinnung, der der Beklagte angehört, er-

lassen ist, der Lehrvertrag durch den für verbindlich erklärten Schiedsgericht abgeändert worden.“

Die letzte Aeußerung würde bedeuten, daß nur bei Mitgliedern der betreffenden Organisationen der Schiedsgericht, oder gegebenenfalls gesamtvertragliche Abmachungen, entgegenstehende Bestimmungen von Privatverträgen aufheben.

Ueber alle die bekannten Einwände der Handwerkerorganisationen, die den Lehrling aus allen Gesamtverträgen, wie Tarifverträge, Schiedsgerichte usw., ausschalten wollen, geht das Urteil danach glatt hinweg. Es wird gut sein, auf diese Entscheidung zurückzugreifen, wenn wieder ähnliche Streitfragen gerichtlich ausgetragen werden.

Kleinrentner und Kriegsbeschädigte. Aus dem Reichsarbeitsministerium schreibt man uns:

„Die Suche um Bewilligung von Beihilfen aus Mitteln der Kleinrentnerfürsorge und der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge gehen in letzter Zeit in großer Zahl beim Reichsarbeitsministerium ein und müssen von hier den einzelnen Landesregierungen zugestellt werden, da für ihre Behandlung das Reichsarbeitsministerium nicht zuständig ist. Zur Beschleunigung der Erledigung ist den Berechtigten zu empfehlen, ihre Anträge auf Kleinrentnerfürsorge an die zuständige Gemeinde oder den zuständigen Gemeindeverband und die Anträge auf Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge an die zuständige Fürsorgestelle zu richten. Nur diese kommen für die Bearbeitung der Einzelanträge in Frage.“

Weitere Hilfe aus Amerika. In Amerika wird von verschiedenen Seiten für die notleidenden Arbeiterkinder Deutschlands gesammelt. Der Löwenanteil von den Ergebnissen bürgerlicher Sammlungen geht an bürgerliche und christliche Gruppen in Deutschland. In umgekehrter Einseitigkeit sammelt dagegen die kommunistische Arbeiter Partei für deutsche Kommunisten Kinder. Solche Kinder, die nicht so vorzüglich waren, sich kommunistische Väter auszuwählen, dürfen weiter hungern. Dagegen hat die Deutsche Sprachgruppe der Sozialistischen Partei von Amerika, Ortsverein New York City, beschlossen, eine Sammlung einzuleiten, deren Ertrag den Kindern aller Klassen gegeben, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, zu gute kommen soll. Aus diesem Grunde wurde weiter beschlossen, das Geld dem Vorstande des ADGB zu übermitteln. Dieser wird selbstverständlich gern dem Willen der menschenfreundlichen Klassenangehörigen und Landsleute entsprechen, deren Hochherzigkeit ihnen den Dank aller Notleidenden in Deutschland sichert.

Quittung

über eingegangene Gelder vom 11. bis 24. Februar 1923: Alsen 50000, Aachen 11300, Ammenau 8512, Braunlage 113320, Cölz II 20000, Eichershausen 71700,80, Elgershausen 30000, Giersdorf 40600, Hedholshausen 80000, Ping 30000, Jever Jnl. 100, Landsberg a. W. 26, Crimmitschau 42, Blaubach 10000, Ehringsdorf 25000, Eubach 90000, Halberstadt 71111,40, Hahneberg 40000, Hildesheim 7280, Obermendig 76089, Ober-Widdersheim 23000, See 44184, Schreierhaus 9600, Schwarzenbach 75000, Treffurt 15000, Wehlar 35000, Weitefeld 20000, Weisenfels 23526, Trostlurt 35000, Solnhofen 38000, Nachrodt 25428, Marxien 34882, Lauterbach 100000, Königshain 120000, Sömmerberg 31712, Salsch 43000, Gr.-Kunzendorf 120000, Turis 34648, Fort 7910, Dobrilug 600, Stadtilm 2000, Martneuf 2625, Schömer 3400, Hall 1508, Bernburg 60000, Braunlage 12000, Rassel 10890, Eichbach 13042, Freudenstein 14700, Gelees 134560, Salsch 330000, Herbede 40000, Hemsbach 62000, Hornberg 230, Raiterslautern 50000, Mühlabach i. G. 40000, Neumarkt 15000, Neubau 36700, Nordheim 14600, Paderborn 9000, Pönten 21466, Pötmünch 80000, Ströbel 150000, Uderath 25000, Wartheim 15000, Weitz 8764, Zeil 100000, Altenhain 100000, Ebersbach i. S. 5000, Eilsberg 6500, Eilsa 5824, Gahma 19360, Geilbrunn 70000, Hohenstein 176720, Köbis 4000, Lauterbach 120000, Meilbrunn 60000, Ruhmannsfelden 100000, Sprachhövel 3000, Striegau 400000, Wiesbaden 64000, Wölsch 140000, Büchloe 60, Münchshagen 10, Demis 1000000, Beucha 180000, Leitzig D. 12623, Aueburg 41864,80, Freudenstein 40000, Sömmerberg 60000, Kleinaldenbach 12240, Langenlitzheim 100000, Rietzsch 40000, Wülfersreuth 30000, Quentel 12000, Selb 20000, Schulpach 100000, Wülfersreuth 55696, Reusdorf a. M. 2452, Annaberg 3800, Guben 850, Dönanbrück 220, Steinwiesen 20000, Schweiksdorf 3224, Monzingen 6000, Guben 5200, Hohenstein 9690, Weiskorn 40000, Carlsbach 48000, Dölschen 58000, Gemrau 100000, Kl.-Steinheim 36000, Langenau 20000, Mittweida 105478, Mücheln 143000, Wagn 23000, Odenbürg 29424, Odenbach 80000, Dellingen 27000, Reichenbach 5000, Treutlingen 25000, Wurzen 75000, Wildemann 89000, Köchel a. S. 4300, Schömer 4882, Tangermünde 20000, Tittling 150000, Theuma 34120, Roth a. S. 25000, Odenheim 7375, Niederlinda 97000, Salsch 100000, Weising 15000, Goldberg 44382, Elmshorn 10000, Büchberg 46247, Bielefeld 30000, Bremen 200000, Aue 30000, Schmölz 1150, Lörach 1990, Hattungen 6345, Aub 2000, Leutkirch 2000, Alsenz 25000, Rassel 20000, Ertringen 79691, Edenkotten 40000, Reichen 50000, Langenlitz 50000, Mühlabach 3000, Döris 15000, Quedlinburg 35000, Rindbach 60000, Rhünde 16100, Wilm 16112, Wiedach 14500, Benig-Radwis 22960, Zwickau 10000, Seebach 50000, Obermörlen 30000, Niederlitz 50000, Mannheim 100000, Münster 10000, Mauer 16000, Ländorf 30000, Langenbach 1118720, Ripp 30000, Höppling 10671, Hannover 30000, Fehlbach 20852, Emden 9877, Witten 100000, Duisburg E 2510, Lützen 3200, Sinau 5000, Erfurt Jnl. 850, Wittenberg 16000, Elgershausen 30000, Erfurt 30000, Hölzenhausen 3935120, Königsberg 55000, Ramens 400000, Metten 80000, Oberwien 20000, Oberbeßingen 37978, Werder 10000, Cunewalde 60000, Bitterfeld 920, Rütchenbach 87120 M.

Ludwig Geist, Kassierer.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Trotz wiederholter Bekanntgabe und Aufforderung stehen noch die Abrechnungen des 4. Quartals von folgenden Orten aus (erfolgt bis Mitte März keine Einsendung, wird die Zustellung des „Steinarbeiters“ nach den genannten Orten eingestellt):

1. Gau: Greifswald.
2. Gau: Landeck.
3. Gau: Elberfeld.
4. Gau: Contwig, Pforzheim, Weierdingen.
5. Gau: Triebendorf.
6. Gau: Rirn.

Der neue Reichsarbeitsvertrag für die Werkstein-, Grabmal- und Marmorfabrikindustrie, gültig vom 1. Januar 1923 ab, liegt im Druck vor und kann zum Preis von 30 M. pro Stück (einschließlich Porto) angefordert werden.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Seebach. Die Kollegen Ludwig Laufer und Josef Meh werden dringend ersucht, ihren Verpflichtungen gegenüber mir und Karl Baumann nachzukommen. Taver Schneider.

Schulpach. Durch Sammelkassen wurden in den Betrieben der Zahlstelle für den erkrankten Kollegen Rumpf 102 460 M. gesammelt. Allen Kollegen, die sich an der Sammlung beteiligt haben, herzlichsten Dank.

Die Ortsverwaltung. J. M.: Kramer, Vorsitzender.

Rirn a. d. Nahe. Den Kollegen und Kolleginnen die Mitteilung, daß ich am 23. Januar 1923 nach beinahe 15monatiger ungeschuldiger Gefängnishaft nach Stellung einer Kaution von 20 000 Mark aus der Haft entlassen wurde. Ich spreche für die Unterstützungen, welche die Kollegen mir und meiner Familie in dieser schweren Zeit zuteil werden ließen. Hiermit meinen besten Dank aus. Besonderen Dank den Kollegen Adolf Mengot und Jakob Gras und der Ortsgruppe der RSPD. in Baumholder.

Julius Becker, Rirn a. d. Nahe.

Adressenänderungen.

2. Gau. Hofenau. Vorsitzender Fritz Leonhardt, Neuborf. Kassierer: Ernst Papp, Neuborf.
- Giersdorf. Kassierer: Karl Kleineidam.
4. Gau. Dierholz. Kassierer: W. Rohmann, Oberkirchen.
5. Gau. Casbach. Kassierer: Anton Westler.
6. Gau. Reinheim. Vorsitzender: Heinz. Marx.
7. Gau. Miltach, Post Cham. Vorsitzender und Kassierer: Jos. Reil.
8. Gau. Röllfeld. Kassierer: August Stegmann.
- Würzburg. Bezirksleiter: Vincenz Hemmleppner, Heibingsfeld, Holzweg Nr. 3 (Baugenossenschaft).
- Hardheim. Vorsitzender: Karl Wind.
9. Gau. Dollar. Vorsitzender: Heinrich Findt, Ronhausen.
- Steinau (Kreis Schlüchtern). Vorsitzender: Adam Schmidt, Schloß F.
- Homburg. Vorsitzender: Heinz. Bamber.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten. Nach den Verordnungen vom 23. Dezember 1918 und vom 12. Februar 1920, bearbeitet von Dr. F. Söhler, 2. Auflage. Grundpreis 1.10 M., Schlüsselzahl zur Zeit 2000. (Verlag Franz Vahlen, Berlin.) Die Verlags-Gesellschaft des ADGB, Berlin SO. 16, Engelauer 24, liefert das Buch an Gewerkschafter mit 25 Prozent Rabatt, bei Abnahme von 10 Exemplaren an mit 33 1/2 Prozent.

Die neue Auflage zeigt die Entwicklung unseres Arbeitsrechts besonders deutlich. Die schnell aufeinander folgenden Gesetzesänderungen, die zunehmende praktische Ausgestaltung des Schlichtungswesens und die beginnende Klärung der grundlegenden Rechtsfragen haben zu einer völligen Umgestaltung der Bearbeitung genötigt. Die Erläuterung beschränkt sich nicht auf die Verordnung vom 23. Dezember 1918, sondern erstreckt sich auch auf die einschlägigen Bestimmungen der Verordnung vom 12. Februar 1920. Dabei ist die außerordentlich reichhaltige Zeitschriftenliteratur in weit stärkerem Maße herangezogen als in den früheren Auflagen, und zwar, was die Praktiker besonders angenehm empfinden werden, unter Angabe der abweichenden Ansichten. Der Anhang enthält neben den Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums alle für die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten wichtigen Ausführungsbestimmungen und ein zuverlässiges Verzeichnis der Schlichtungsausschüsse und Demobilisierungsbüros.

„Der Wanderer.“ Von Friedrich A. Senffert. Verlag J. H. W. Diez, Berlin.

Das Buch schließt mit den Worten: „Du wirst erlöst werden? Was tatest du selbst schon für deine Erlösung?“ Auf diese innere Erlösung, auf eine Selbstbefreiung von gedankenloser Dummheit, auf ein Hineinfühlen in die großen Zusammenhänge alles Seienden zielt „Der Wanderer“ hin. Nicht mit trockenen, abstrakten Lehren, nicht mit schulmeisterlichen Moralpredigten sucht er zu wirken, sondern mit dem lebendigen, anschaulichen Beispiel: „Der Spaziergang“ heißt das erste Kapitel — und das ganze Buch ist ein Spaziergang durch Wald und Heide, an See und Sumpf. Ein launiger Wanderer plaudert mit uns und lenkt unsere Augen auf die Schönheiten und Merkwürdigkeiten der Natur. Frosch und Eidechse, Vogel und Käfer lösen ebenso Betrachtungen in ihm aus wie Pilz und Salin, Baum und blühende Heide. Er schaut zurück in längst vergangene Jahrtausende, verbindet sie mit der Gegenwart und richtet Fragen an die Zukunft. Reiseerinnerungen, Märchenträume, humorvolle Einfälle geben dem Ganzen ein farbiges Kolorit, und eingestreute Verse erhöhen den starken Stimmungsgehalt dieses Buches, das besonders der Jugend empfohlen werden kann, die Herz und Blick weiten und denkend wandern und leben will.

„Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin.“ Von Adelheid Popp. Mit einführenden Worten von August Bebel. Vierte Auflage. 1922. J. H. W. Diez Nachf. Berlin-Stuttgart. Grundzahl 1.—

Die Jugendgeschichte der tapferen Adelheid Popp ist trefflich geeignet, in jungen Herzen eine opferfreudige Begeisterung für den Sozialismus zu wecken.

Briefkasten.

Mühlhausen a. M. Die Versammlung hat der Unternehmer zu bezahlen, nach § 5, Absatz 4 der RAB. Der betreffende Kollege hat natürlich die Voraussetzungen in dem Paragraphen auch zu erfüllen (Nachweis, Benachrichtigung usw.) Bei Ablehnung in diesem Falle unbedingt das Tarifamt anrufen.

Anzeigen

Werkzeug-Schmied

für Granitschleifer-Betrieb gesucht, der mit dem Gerichten von Steinmetz-Werkzeug auf deutschen und schwedischen Stein arbeitet und gewandt ist.

Geitwitzer Künzel & Scheller G. m. b. H.

Schwarzenbach a. Saale (Oberfr.)

leder kann sofort Schrift zeichnen nach meiner Methode.

Franz Siegler, Glessen (Hessen).

Licher Strasse 37.

Gestorben.

- Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.
- In **Alpenrod** am 12. Januar der Hilfsarbeiter Christ. Schärer, 44 Jahre alt, Grippe.
 - In **Lauban** am 7. Februar der Schmied Gustav Hoffmann, 65 Jahre alt, Lungenerleiden.
 - In **Mannheim** am 8. Februar der Granitsteinmetz Lorenz Bod, 65 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden.
 - In **Striegau** am 8. Februar der Granitsteinmetz Paul Grimert, 39 Jahre alt, Grippe.
 - In **Breslau** am 13. Februar der Hilfsarbeiter Karl Hoffmann, 49 Jahre alt, Lungentuberkulose.
 - In **Niederlinda** am 15. Februar der Schotterarbeiter Benno Herger, 43 Jahre alt, Unfall.
 - In **Demis** am 15. Februar der Pfastersteinmacher Julius Mehnert, 38 Jahre alt, Grippe.
 - In **Fürstentum** am 15. Februar der Hilfsarbeiter Johann Martin, 43 Jahre alt, Blutvergiftung.
 - In **Trostlurt** am 16. Februar der Sandsteinmetz Georg Hornung, 41 Jahre alt, Kehlkopfentzündung.
 - In **Rinteln** am 18. Februar der Hilfsarbeiter H. Klauing, 37 Jahre alt, Lungentuberkulose.
 - In **Raiterslautern** am 18. Februar der Sandsteinmetz Robert Neuroter, 32 Jahre alt, Lungentuberkulose.
- Ehre ihrem Andenken

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.

Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.